



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 05**10. März 2013**

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Vor der dritten Verhandlungsrunde Protest demonstrieren Tausende in Stuttgart Stärke**
- 02 Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder: 5,6 Prozent mehr in der Tasche!**
- 03 Gespräch mit der Fraktionsspitze von Bündnis 90/Die Grünen: Keine Annäherung bei gegensätzlichen Positionen**

01 Vor der dritten Verhandlungsrunde Protest demonstrieren Tausende in Stuttgart Stärke

Quelle: DPoIG, BBW



Öffentlich Beschäftigte aus allen Bereichen im Landesdienst haben am 05.03.2013 in Stuttgart für ein faires Tarifergebnis Stärke demonstriert. 7500 Arbeitnehmer, solidarisch unterstützt von Beamten und Versorgungsempfängern, waren dem Aufruf von dbb, BBW und DGB-Gewerkschaften gefolgt. Sie alle reihten sich in den kilometerlangen Protestzug durch die Stuttgarter Innenstadt zum Schlossplatz ein, wo u.a. BBW-Chef Volker Stich und der DPoIG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack die Solidarität aller öffentlich Beschäftigten beschworen: „Gemeinsam werden wir die Landesfinanzminister zum Einlenken zwingen, denn ohne uns funktioniert Deutschland nicht“, rief Stich den Kolleginnen und Kollegen zu, die lautstark Zustimmung signalisierten.



Die DPoIG dank allen Teilnehmern am landesweiten Warnstreik und an der Protestaktion in Stuttgart. Tarifbeschäftigte und auch zahlreiche Beamte haben damit ihre Erwartungshaltung deutlich signalisiert.



Nach dem Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder liegt es nun an der grün-roten Landesregierung die Wertschätzung gegenüber ihrem Beamten und Versorgungsempfängern in Euro und Cent auszudrücken. Es geht um nichts anderes als um Gerechtigkeit und um Teilhabe an der Lohn- und Einkommensentwicklung. Sollten die Koalitionäre jedoch wirklich eine Nullrunde oder eine Deckelung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung realisieren, ist ihnen der nächste Protest, sicherlich mit noch viel mehr Beamtinnen und Beamten, fast schon sicher.



**02 Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder:
5,6 Prozent mehr in der Tasche!**

Quelle: dbb



Kurz vor Mitternacht am 8. März informierte der dbb-Verhandlungsführer Willi Russ (3.v.r.) die Mitglieder der dbb-Bundestarifkommission, darunter auch der DPOIG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack, über den Sachstand der überaus zähen Verhandlungen, die immer wieder kurz vor dem Scheitern standen. Am Vormittag des 9. März konnte Russ dann über eine Kompromisslösung berichten, die in der Bundestarifkommission diskutiert und schließlich auch beschlossen wurde.

„Das lineare Ergebnis stimmt. Dieser Kompromiss ist ordentlich. Wir können zufrieden sein.“ Kurz und knapp war das erste Resümee von dbb-Verhandlungsführer Willi Russ zu allen Punkten jenseits der Eingruppierung für Lehrkräfte. Er stellte in seiner Analyse eine direkte Verbindung zwischen den in den letzten zwei Wochen intensivierten Aktionen und Warnstreiks einerseits und dem Ergebnis andererseits her. Russ wörtlich: „Ohne die bundesweite Unterstützung der Beschäftigten hätten wir heute überhaupt nichts erreicht.“

Aber auch mit dieser tollen Unterstützung war ein vernünftiger Einstieg in eine Grundtarifierung für Lehrkräfte nicht möglich. Die TdL hat sich jedem Kompromiss verweigert. Tiefpunkt war, dass die TdL das schon fade Angebot von 2011 noch einmal als dünnen Aufguss angeboten hat.“

Das Ergebnis im Detail

Der Einkommenszuwachs

Für die rund 800.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst erhöhen sich die Einkommen ab dem 1. Januar 2013 um insgesamt 5,6 Prozent. Dieser Gesamtwert teilt sich bei einer Laufzeit von zwei Jahren (bis 31. Dezember 2014) wie folgt auf:

- **2,65 Prozent ab dem 1. Januar 2013**
- **2,95 Prozent ab dem 1. Januar 2014**

Aus Sicht des dbb machte Russ unmissverständlich klar, dass es keinen Grund gibt, diese lineare Einkommensperspektive den Beamtinnen und Beamten im Landes- sowie im Kommunaldienst vorzuenthalten. „Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung ist ein Essential. Wer davon Abstriche macht, trägt Unzufriedenheit und Demotivation in die Verwaltungen.“

Azubis/Praktikanten

Bei vorausgesetztem Bedarf werden alle Auszubildenden nach bestandener Abschlussprüfung für zwölf Monate übernommen, im Anschluss – bei entsprechender Bewährung – unbefristet. Die Ausbildungs- und Praktikantenentgelte erhöhen sich ab dem 1. Januar 2013 um einen Festbetrag von monatlich 50 Euro und ab dem 1. Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent.

Urlaubsregelung

Bei der neuen Urlaubsregelung konnte der dbb einen eindeutigen Erfolg verzeichnen. Die neue Urlaubsregelung ist ebenso klar wie unkompliziert: 30 Tage Jahresurlaub für alle Landesbeschäftigten – altersunabhängig! Azubis erhalten einen Jahresurlaub von 27 Tagen.

Bewertung



Die Bundestarifkommission des dbb hat dem Ergebnis mit großer Mehrheit zugestimmt. Aus Sicht des dbb-Verhandlungsführers Russ stellt der erzielte Kompromiss die Grenze des Erreichbaren dar. Das gilt für die lineare Komponente. Es gilt in besonders negativer Weise auch für die Entgeltordnung der Lehrkräfte. „Linear

haben wir Anschluss gehalten, die Azubis im Länderbereich ziehen ebenfalls nach und die Urlaubsregelung ist einmalig im öffentlichen Dienst.“

Höchst bedauerlich ist die TdL-Verweigerung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte. Wir haben mit unserer Idee einer Grundtarifizierung die Hand zu einer schrittweisen Lösung, die niemanden überfordert hätte, gereicht. Dass diese ausgestreckte Hand ausgeschlagen wurde, wird in den Lehrerzimmern genau registriert werden. Junge Menschen, die morgen in der Zeitung lesen, wie der Arbeitgeber mit Lehrkräften umspringt, werden sich zweimal überlegen, ob sie Lehrer werden wollen.

Entgelttabellen

Die vorläufigen Entgelttabellen und der Einigungstext stehen unter www.dbb.de zum Download bereit.

**03 Gespräch mit der Fraktionsspitze von Bündnis 90/Die Grünen:
Keine Annäherung bei gegensätzlichen Positionen**

Quelle: DPoIG, BBW

Ohne konkretes Ergebnis zur Anpassung von Besoldung und Versorgung trennten sich am 04.03.2013 Spitzenvertreter von BBW und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach einer eineinhalbstündigen Unterredung im Haus der Abgeordneten.



Edith Sitzmann, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen hat gemeinsam mit Fraktionskolleginnen und Kollegen den BBW-Vorsitzenden Volker Stich und zwei seiner Stellvertreter zu einem Gedankenaustausch empfangen (von rechts): Waldemar Futter, stv. BBW-Vorsitzender; BBW-Chef Volker Stich und sein Stellvertreter, DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack; die Grünen-Abgeordnete Andrea Lindlohr, ihr Fraktionskollege Andreas Schwarz, Fraktionschefin Edith Sitzmann und die Abgeordnete Muhterem Aras; daneben die Parlamentarische Beraterin Dr. Sandra Detzer.

Gegenstand der Unterredung waren neben der Tarifrunde 2013/2014 und der Forderung des BBW nach Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich insbesondere die Sparpolitik der Landesregierung, die beim BBW und seinen Mitgliedern seit vielen Monaten schon für Ärger und Verdruss sorgt.

Dass die Landesregierung zur Konsolidierung des Haushalts auch weiterhin Spar Eingriffe bei Beamten und Versorgungsempfängern nicht ausschließen könne, das hatte Ministerpräsident Kretschmann schon vor knapp zwei Wochen im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich erklärt. Fraktionschefin Edith Sitzmann und ihre Fraktionskollegen sehen dies nicht anders. Das Land müsse sparen. Die Schuldenbremse zeichne den Weg vor, sagte Sitzmann. Zugleich versicherte sie jedoch auch, dass beim Thema Besoldungsanpassung für ihre Fraktion weiterhin neben einer Nullrunde oder Deckelung auch die inhaltsgleiche, aber zeitlich versetzte Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten im Gespräch sei.

Die Vorhaltungen von BBW-Vorsitzendem Volker Stich, seinen Stellvertretern Waldemar Futter und DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack, die grün-rote Landesregierung habe sich seit Amtsantritt schon über Gebühr bei den Beamten und Versorgungsempfängern bedient, wiesen die Angeordneten der Fraktion zurück. Die Spar Eingriffe seien moderat gewesen und unumgänglich. Schließlich mache der Personalkostenanteil im Haushalt mehr als 40 Prozent der Gesamtkosten aus und könne deshalb beim Sparen nicht außen vor bleiben.

Ende DPoIG-ID Nr. 05/2013